

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Rosen & Comp., Nr. 133.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Wieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Althaus

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6600.— M., unter Freigang für Deutschland wöchentlich 2800.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonntagsnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbe Spalte 500.— M., answärts 600.— M., die Spalte 1000.— M., answärts 2000.— M., Ausland 3000 u. 4000 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 200 M.

Nr. 133

Dresden, Montag den 11. Juni 1923

34. Jahrg.

## Wilson spricht

... hat der Mann noch etwas zu sagen? ein Republikanischer Weltführer, moralischer Beurteiler, politischer Loter? — In Deutschland ist wohl, nachdem zum Ueberflus die gewerkschaftliche Demagogie der Rechte das Versailler Dokument und eine deutsche Unterzeichnung in Organen von Rachegeist bis zur Veruschung ausgefächelt hat, niemand mehr blind genug, um nicht zu wissen, daß der Völkerverbund kein „Völkerverbund“, als Versailler Diktat kein „Vertrag“ und der Friede von 1919—1923 kein „Friede“ ist. Auch niemand ist im Zweifel, daß Bund, Diktat und Frieden den von Wilson propheetenhaft angezeichneten Zuständen etwa gleichen wie Rom dem Adel; und am wenigsten jemand, daß die berühmten und verpflichtend ausgelegten „Vierzehn Punkte“ Wilsons in Paris unter seiner eigenen Aufsicht etwa so behandelt werden sind, wie 1914 durch Deutschland der belgische Neutralitäts-Vertrag. Wilson: Woodrow Wilson würde von jedem Gericht und von jedem unparteiischen Ehrengericht unter den Gesichtspunkten privater Moral als moralisch und schadenlos verurteilt werden. Wer das Bedenkt, über ihn in diesem Sinne zu Gericht zu sitzen, möge indes nicht vergessen: gerade als Privatmann hat der einstmalige „mächtigste Mann der Erde“ am Ende irgendwie gebüßt: die Rannekraft in ihm infolge seiner Niederlage für alle seine Lebenszeit gebrochen.

Uns aber kann der gebrochene Mann höchstens psychologisch interessieren. Von weittragender Bedeutung hingegen ist allein der weltpolitische Strudel, in dem er ertrank, in dem Deutschland auf den Grund sank. Ihn durchschauen das heißt zufällig zugleich: in Wilson einen tüchtigen, ehrlichen und bemühten Kämpfer erblicken, der als Staatsmann nicht mehr als etwa Bismarck oder Georg Frensch mit „Schuld“ belastet erscheint. Wenn die chauvinistische Demagogie sich befleißigt, die Deutschen in solchen Männern betrügerische Welt-Gauner und hinterlistige Schurken erblicken zu lehren, so gehört das zu dem bis zu irrigen Vollendung getriebenen System der letzten Jahre, dem Volk alle auffindbaren und wiederbelebungs-fähigen Reste politischer Verblendung und Selbstbelugung zu erhalten und aufzublasen und damit unter märchenhafte zeitgeschichtliche Ohnmacht zu verlängern, bis im Schatten der Völkerverträge das Nachgeschick der Reaktion seinen Aufmarsch vollzogen hat. Die sinnreiche Konstruktion einer neuen Diktator-Herrschaft ausläßt sich des Naturkonflikts gehört in die gleiche Kategorie: überall sieht man die selbe wohlgeleitete Maschine, mit Milliarden von direkten und indirekten Bestechungen als Schmiermittel und zehntausend allzu wissen über allzu abnugenden künftigen und freiwilligen Prellsalzen als Präzisionswerkzeugen.

Indessen spricht der Abgestorbene aus dem politischen Grab. Mit demselben eigentümlichen moralischen Mut, mit dem er vor Jahren die geheiligten Ueberlieferungen europäischer Dynastien-Romantik und Diplomaten-Verblendung, ebenso wie europäischer militärisch-brutalen Verbrochertums und kapitalistisch-gewinnstrebiger Verschlagenheit angriff und an deren Stelle die wenigstens atmosphäre-reinigende Welt der Verträge, zwischenstaatliche Friedensgarantie, allgemein garantiertes Selbstbestimmungsrecht, allgemein garantierte Demokratie — machtvoll propagierte, mit demselben Mut der Offenheit deckt er nunmehr die Karten und Schachzüge des Spiels von Paris auf. Mit seinem Namen erscheint ein Werk: Memoiren und Dokumente, das schon darum zu den wenigen wirklich lebenswerten unter den „Kriegserinnerungen“ gehört, weil es den Stempel richtiger Ehrlichkeit, wirklichen Wissens um die weltpolitischen Wirklichkeiten und vollkommener Sachlichkeit trägt. Wer all diese Bücher der Tirpitz, Ludendorff, Wilhelm, Bethmann, Andrassy, Erzberger, all diese Reden der Clemenceau, Buchanan, Poincaré, George, Asquith usw. kennt, weiß vielerlei — es steht viel Interessantes darin! Doch wer glaubt, daß da jedes Kapitel den heute noch verwirklichten Sonnenchein der Wahrheit verströmt, wer sich einbildet, daß irgendwo vollständige Aufklärung gegeben werde und nicht nur zweckbewußte Auslese, der ist ein hoffnungsloser Narr! Den Anzeichen der Vollständigkeit erweckt Wilsons Werk sofort. Nirgends spürt man die publizistischen Anzeichen der selbstschonenden Verschwiegenheit, die so durchsichtig sind (Stichworte: „Staatspolitisches Interesse“, „Schonung noch Lebender“, „Für die Öffentlichkeit vorerst ungeeignet“, „Noch ungeöffnete Archive“ usw. usw.). Wilson ist in einer Lage, die es nur für einen amerikanischen Präsidenten gibt: er besitzt die Dokumente von Versailles, die Protokolle des Obersten Rates, die Gutachten der Sachverständigen, die Memoranden und Vorschläge aller Beteiligten; er besitzt sie als Privateigentum! Was man in Europa kaum den geheimsten Archivschranken anvertraut (und damit wissenschaftlich der oft bestechlichen Militär Geheimnisse Räte und Sekretäre überläßt), nahm Wilson, der Privatmann, aus den Händen Wilsons, des Staatsmannes, nahm der Ex-Präsident nebst seinen jahrelangen eigenhändigen Aufzeichnungen aus dem Weißen Hause in Stuten und Träumen mit in seine Privatwohnung! Dann übergab er es dem Presschef der ehemaligen amerikanischen Delegation, Baker, zu völlig freier Verwendung, der Veröffentlichung. Nicht Wilson hat dieses Buch geschrieben, sondern ein ihm nahestehender, jedoch kritischer, ruhiger und klärenden Mann, durch eigenen Augenschein aufklärt, von selbständigem Urteil und klärenden Sachkenntnis. Mehr Gewähr für Offenheit bietet kein Verfahren.

\* B. Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles Anno MCMXIX. Herausgegeben von R. St. Baker. Uebersetzt von G. K... Paul Siegel Verlag, Leipzig.

## Umsturz in Bulgarien

In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend ist das bulgarische Kabinett Stambuliski von einer Organisation der Reserveoffiziere gestürzt worden. Die Minister wurden in Haft genommen, und sofort die Bildung einer neuen Regierung vorgenommen, die sich aus allen Oppositionsparteien zusammensetzte und an deren Spitze Professor Jankoff getreten sein soll. Der Umsturz verlief nach den bisher vorliegenden Meldungen vollkommen unblutig. Ueber Sofia wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Schon mehrfach, das letztemal erst vor etwa einer Woche, kamen aus Bulgarien Nachrichten über einen vollzogenen Umsturz, ohne sich jedoch zu bewahrheiten. Das Auffällige an diesen Meldungen war, daß sie nie aus dem Lande des vergangenen Diktators Stambuliski kamen, sondern immer aus einem der Grenzländer. Diese Tatsache läßt vermuten, daß der jetzt vollzogene Umsturz seine Vorbereitung nicht direkt in Bulgarien gefunden hat, sondern vorwiegend in einem Grenzland Kreise an Werke waren, die einen Umsturz der politischen Verhältnisse in dem bulgarischen Nachbarlande wünschten und mit den jetzt am Ruder befindlichen Oppositionellen in Verbindung standen, die vor allem finanziell und in sonstiger Beziehung unterstützten. Aber auch diese Unterstützung allein hätte zu einem Umsturz wohl kaum genügt, wenn nicht im Lande selbst eine starke Mißstimmung gegen die Regierung vorhanden gewesen wäre. Gewiß hat die Regierung noch außer hin den Eindruck der Stärke gemacht, weil sie erst kürzlich infolge der Aenderung des bestehenden Wahlgesetzes vier Fünftel aller Mandate eroberte. Von insgesamt 246 Sitzen erhielt sie 215, auf den Rest der bürgerlichen Opposition entfielen 18, auf die Kommunisten 16, während die Sozialdemokratie mit nur zwei Mandaten vorlieb nehmen mußte. In Wirklichkeit aber spiegelt dieses Wahlergebnis das Kräfteverhältnis im Innern des Landes nicht wieder. Es wurde vielmehr hervorgerufen mit Mitteln der Gewalt und der Korruption, die zu einer Kalamität für die bulgarische Volkswirtschaft und zur fortgesetzten materiellen Ausraubung führten.

Mit der Vereinfachung des Provoz im Wahlgesetz, der Auflösung der größten Wahlkreise und der Bestimmung, daß die Partei, die in einem Wahlkreis an Stimmenzahl über den Durchschnitt hinausgeht, alle Mandate in dem betreffenden Bezirk erhält, sollte das Bauernregiment bevorzugt werden. Diese Maßnahme wurde den Diktatoren um so mehr zum Verhängnis, als ihnen eine zuverlässige Wehrmacht in den gegnerischen städtischen Gebietsteilen nicht zur Verfügung stand, und zu ihrer Gegnerschaft aus inneren Gründen eine starke Verstärkung der Außenpolitik wegen kam.

Die Politik der Regierung Stambuliski war auf eine Annäherung der Armegegner eingestellt und bezweckte, den Balkanbund von 1912 zu erneuern. Diese außenpolitischen Bestrebungen hatten zweifellos ihre Vorteile, denn nur durch eine friedlich-bulgarische Verständigung dürfte auf längere Zeit hinaus eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse auf dem Balkan gesichert sein. Aber die Mittel, mit denen die Bauernregierung ihre Bündnispolitik durchzuführen bemüht war, ihre Erfüllungspolitik und die Verabreichung des Beeres, ihr Verzicht auf große Teile Mazedoniens hat eine allgemeine Mißstimmung hervorgerufen. Das trifft insbesondere auf die bulgarisch-gebliebenen mazedonischen Gebietsteile zu, und zeigte sich erst kürzlich in dem Aufstand der mazedonischen Freischaren. Sie dürften auch diesmal an dem Umsturz beteiligt sein und die Hauptkräfte der gegenwärtigen Regierung bilden.

Der Umsturz läuft also auf eine Erhebung gegen die inner- und außenpolitische Richtung hinaus. Auch die bulgarische Sozialdemokratie hat sich immer mit Entschiedenheit gegen die Diktatur von innen, wie von außen, gewandt. Ob sie dennoch mit den bürgerlichen Oppositionsparteien gemeinsam die Bildung der vorläufigen Regierung übernommen hat, scheint uns deshalb fraglich, weil insbesondere die in Opposition stehende Partei der Industriellen und Gewerbetreibenden vieles auf wünschenswerten übrig läßt und sie schließlich genau so wie die Kommunisten an der unerwünschten Entwicklung der Verhältnisse einen Teil Schuld tragen.

## Die Politik der Auspowerung

Schluß der sozialdemokratischen Leuerungsinterpellation

Am Schluß der Debatte über die sozialdemokratische Leuerungsinterpellation rechnete am Sonnabend im Reichstag Genosse Robert Schmidt scharf mit der Politik des Schandens und der Volksausplünderer ab. Nachdem Abg. Wulle (Deutschvölkisch) alle Schuld an dem heutigen Stand des Sozialdemokraten, die den Friedensvertrag unterzeichneten, und den jüdischen Kapitalisten in die Schuhe geschoben und Abg. Leber (U. Soz.) zur Vereinfachung des Buchers und der Ausbeutung der Arbeiterschaft eine Aktion des gesamten Proletariats gefordert hatte, führte Genosse Robert Schmidt in seinem Schlußwort aus:

Nach Ansicht der bürgerlichen Redner werden gegenwärtig in kapitalistischen Kreisen keine großen Verdienste erzielt, kann der landwirtschaftliche Rest keine weitere Belastung ertragen, kann weiter nichts getan werden, um das Sinken der Mark aufzuhalten, die Preisentwicklung zu stoppen und die Lohnfrage befriedigend zu lösen. Das ist ein Ergebnis, mit dem wir und die Arbeiterschaft nicht zufrieden sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als die Maßnahmen zur Stützung der Mark eingeleitet wurden, ging ein Gefühl der Erleichterung durch die Massen, weil damit unmittelbar erreicht wurde, daß die Preise nicht mehr im bisherigen Umfang stiegen, eine gewisse Festigkeit erreichten und bei einzelnen Produkten sogar sanken. Der neue Umsturz an der Börse hat uns wieder fast täglich Preissteigerungen gebracht. Welche Erbitterung entsteht in allen den Kreisen, die die Möglichkeit haben, sich einzubeden und dadurch vor weiteren Preissteigerungen zu schützen, die vollständig durch diese wirtschaftlichen Instabilität preisgegeben sind. Ich teile nicht die Auffassung, daß wir bei einem Dollarkurs von 30000 M. nicht mehr mit dem Ausland konkurrieren können. Gewiß haben wir eine Epoche steigender wirtschaftlicher Prosperität und Sinken der Mark gehabt. Aber bei diesem gewaltigen Anbruch der Dollarkreiege erleben wir eine völlige

Berrüttung der Kaufkraft der breiten Massen.

Wir drohen die Konsumfähigkeit! Die Folgen dieser steigenden Entwertung der Mark sind Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung und Arbeitslosigkeit. Deshalb sind wir der Meinung, die Konsumfähigkeit der Industrie wäre auch unter einem Dollarkurs von 30000 M. aufrechtzuerhalten gewesen. Aber unsere Preise in der Industrie sind übersteigt, sie sind unerschwinglich und die Bilanzen unserer Gesellschaften sind ein Beweis dafür, daß wir in der Preisbildung weit über das zulässige Maß hinausgegangen sind. Von der rechten Seite wird behauptet, alles, was wir kritisch vordringen, sei die Folge der sozialistischen Wirtschaftspolitik, die von den bisherigen Kabinetten besetzt worden ist. Das ist aber eine Politik, die meiner Ansicht nach, soweit wir daran beteiligt sind, sich in gemeinsamer Arbeit mit den bürgerlichen Parteien vollziehen hat. Weder wir noch die bürgerlichen Parteien brauchen sich dieser wirtschaftspolitischen Tätigkeit zu schämen, soweit die Sozialdemokratie daran teilgenommen hat. Als der Krieg zu Ende war, mußten wir 10 Millionen Arbeiter wieder in Arbeit bringen und die Industrie zur Friedensarbeit umstellen. Anherdem galt es, dafür zu sorgen, daß wenigstens das unbedingt Notwendige zur Ernährung des Volkes herbeigeführt wurde. Diese Aufgabe haben wir gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien schnell und

aus gelöst. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn wir Ihre (nach rechts) Wirtschaftspolitik weiter betrieben hätten, dann hätten unsere Landarbeiter auch heute noch die Gehindcoordination. Sie haben es mit Ihrer Wirtschaftspolitik dahin gebracht, daß wir jährlich 400000 ausländische Arbeiter ins Land hineingezogen haben. (Sehr wahr! links.) Die deutschen Arbeiter im Osten haben Sie von den Gütern in die Städte gejagt, weil Sie ihnen weder den notwendigen Lohn, noch eine menschenwürdige Wohnstätte gaben. Sie haben die Germanisierungspolitik im Osten betrieben, und Hunderttausende von Slawen ins deutsche Land hineingezogen, weil sie billigere und willigere Arbeitskräfte waren. (Sehr richtig! links.) Mit dieser deutschen Wirtschaftspolitik können Sie wirtschaftlich nicht prägen. Sie haben sich gegen die Gleichstellung der Landarbeiter mit den Industriearbeitern aufgelegt, die Kanaalkanten, die Elektrifizierung der Eisenbahn und die Ausnutzung der Wasserkraft vermindert.

Das Sie veräußert und sabotiert haben, müssen wir heute nachholen!

(Beifällige Zustimmung links.) Es ist hier viel über die Verzögerung der freien Wirtschaft geredet worden, aber niemand hat gesagt, wie man die Opfer dieser freien Wirtschaft unternehmen soll. Man behauptet, die Landwirtschaft könne keine weiteren Lasten tragen. Ein Beispiel: Für das Abfuhrungsgetreide wurden in den letzten Monaten 685000 M. pro Tonne bezahlt, während es im freien Handel 2 Millionen Mark kostet. An jeder im freien Handel veräußerten Tonne Getreide erbringt die Landwirtschaft also gegenüber dem Abfuhrungsgetreide 1315000 M. Wenn diese Marktlage aufrechterhalten wird, und wenn man berücksichtigt, daß die Landwirtschaft in diesem Jahre 2,1 Millionen Tonnen Vorkgetreide abgefördert hat, dann wird sie im nächsten Jahre allein aus dieser Differenz einen Gewinn von 27 Millionen Mark, oder bei einem Dollarkurs von 80000 188 Millionen Goldmark erlangen. (Sehr! hört! links.) Roboterweise wollen die Herren dafür auch 300 Millionen zur Reparatur beitragen. Ueber die Wirkung unserer Steuererhebung auf die Landwirtschaft hat neulich ein Abgeordneter in der hessischen Kammer einige Ausführungen gemacht, die ergaben, daß der Bäcker eines Vermögens von 304 bis zu 750 Morgen, das er bewirtschaftet, Defizit macht und keine Einkommensteuer bezahlt, während dieselbe Steuererhebung bei einem Vermögen von 70 Morgen ein Einkommen von 75000 M. errechnet und den Besitzer oder Bäcker mit 7500 M. Steuern belastet. Der große Besitzer ist also frei, während der einfache Landarbeiter seine Steuern zu zahlen hat. (Beifälliges Hör! hört! links.) Dieser Zustand ist unhaltbar und kann unmöglich aufrechterhalten werden. Wir halten nichts davon, zur Verbesserung der Verhältnisse Schuldenfesseln einzuschlagen und haben mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß auch der kommunistische Redner vom den Praxellen der letzten Tage abgerückt ist. Die Unzufriedenheit in unserer Volks nur gekürt. Haben die Arbeiter für ihre Mitwirkung am Aufstand, für die Opfer, die sie brachten, Forderungen gestellt? Sie haben nur gefordert, Sorge dafür zu tragen, daß sie nicht zugrunde gehen.

An dieser Genügsamkeit sollte sich die Industrie ein Beispiel nehmen.